

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 78 (2000)
Heft: 1

Artikel: Ein Zug weniger von Bern nach Brüssel : die Schweiz und die EU nach den Wahlen 99
Autor: Stämpfli, Regula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341519>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Zug weniger von Bern nach Brüssel

Die Schweiz und die EU nach den Wahlen 99

Noch vor sieben Jahren fuhren in regelmässigen Abständen morgens, mittags, nachmittags und nachts vier Züge direkt Bern—Brüssel. Der Morgenanschluss von Bern nach Brüssel sowie der Nachmittagszug Brüssel—Bern wurden jedoch im

Regula Stämpfli

Oktober 1999 ersatzlos gestrichen. Bern hat somit eine Verbindung weniger in die EU-Hauptstadt. Nicht nur die Connection, sondern auch das benutzte Rollmaterial zwischen den beiden ungleichen Städten lässt auf die Beziehung EU – Schweiz und umgekehrt schliessen: verrostet, oft verspätet, kaum klimatisiert, ohne Speisewagen und praktisch leer. Was noch in den 80ern eine florierende Kooperation war, hat sich im Laufe der 90er zu einer Sackgasse entwickelt. Nur damit Sie mich recht verstehen, ich rede tatsächlich von der Zugs- und nicht von der politischen Verbindung Bern—Brüssel.

Strukturelle Defizite der Aussenpolitik

Die schweizerische Aussenpolitik zeichnet sich – ähnlich wie die der EU oft leider auch – durch geistige Blockaden aller relevanten Agierenden aus. Die Akteure der Aussenpolitik sind meistens regierungsnah, verwaltungssozialisiert und zu über 90 Prozent männlich. Die politische Beweglichkeit für offene Verhandlungen ist entsprechend limitiert. Diese Gremien diskutieren keine staatlichen Reformen sowie den Erhalt oder einen möglichen

Ausbau demokratischer Spielregeln, sondern verhandeln über generelle Abkommen zum reibungslosen wirtschaftspolitischen Verkehr. Staatliche Eigeninteressen treten in Form von Geldbeiträgen und Übergangsfristen in Erscheinung, nicht in Form der Nachhaltigkeit für die betroffene Bevölkerung. Die staatlichen Entscheidungsträger werden dabei in der Schweiz zusätzlich von einer unheiligen Allianz unterstützt: Links-grüne Demokratiehelvetier und rechtsnationale Bodeneidgenossen sind sich in der Konservierung der Schweiz oft einig, auch wenn sie eine ganz andere Schweiz meinen. Dennoch bilden sie gemeinsam den besten Kitt gegen eine aussenpolitische Öffnung.

In der Europäischen Union wird aussen- und innenpolitisch mit anderen Akzenten verhandelt. Zu einem sehr frühen Zeitpunkt haben nicht nur Regierung und Administration das Sagen, sondern auch die Politik. Nehmen wir als Beispiel den schwierigen Osterweiterungsprozess der Union. Es ist zwar nach wie vor so, dass der Europäische Rat in Zusammenarbeit mit der Kommission die Eckpunkte für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen festlegt. Gleichzeitig werden diese Exekutivorgane jedoch vom Parlament, den Parteien und den politisch zusammengesetzten Ausschüssen in ihren Entscheidungen sekundiert, kritisiert und auch wieder revidiert. Dieser Prozess ist noch lange nicht so offen, wie er sein sollte, aber zu einem relativ frühen Zeitpunkt viel offener, als dies in der schweizerischen Aus-

**Die Nicht-
Professionalität
schweizerischer
Politik begünstigt
den Status quo.**

senpolitik der Fall ist. Die schweizerische Verhandlungstaktik schwört auf Abschluss und Expertokratie – nur das Schlussresultat wird als Ja- oder Nein-Vorlage zunächst dem Parlament und dann dem Volk vorgeworfen. Die Einflussnahme politischer und gesellschaftlicher Interessengruppen ist damit auf die letzte Phase aussenpolitischer Entscheide beschränkt: nämlich auf die innenpolitische Auseinandersetzung. Deshalb war es durchaus nicht erstaunlich, dass die Bilateralen vorwiegend eine innenpolitische Auseinandersetzung waren – wie die EU-Berichterstattung auch der Medien vor allem dann beachtet, wenn sie von den Inlandredaktionen der Zeitungen behandelt wird. Die Käseglocke der traditionellen schweizerischen Aussenpolitik überträgt sich selbst auf die Expertokratie. Juristinnen berechnen in Prozentpunkten, wie oft ein schweizerisches Referendum EU-inkompatibel wäre, ohne auf die Tragweite des Inhalts und die Tatsache, dass nicht die EU, sondern der Bundesrat Referenden unterbinden würde, hinzuweisen. Ökonomen zeigen mit wilden Zahlen auf, was ein Beitritt kostet, ohne auf den damit verbundenen Politik-Modernitätsschub einzugehen. Die einzig gescheite Position der SP, nämlich auf konkrete Probleme mit innovativen und konkreten Lösungsvorschlägen zu reagieren, geht an der Öffentlichkeit und an der EDA-Administration vollständig vorbei. Beweglichkeit war noch nie eine schweizerische Tugend.

Strukturell bedeutet diese Art aussenpolitischen Handlungsrepertoires jedoch einen Anachronismus, der die politische Öffnung der Schweiz nicht weiterbringen wird. Die Nicht-Professionalität schweizerischer Politik, die fehlenden Institutionen für politische Bildung und die nicht-existente Parteienfinanzierung begünstigen immer nur den Status quo, d.h. das unangetastete Primat der Exekutive in der Aussenpolitik und damit die fehlende ge-

sellschaftspolitische Verankerung derselben.

Wo stehen wir heute?

Die 90er Jahre haben der Eidgenossenschaft einen verstärkten Rechtstrend gebracht – sowohl hinsichtlich der Innen- als auch der Aussenpolitik. Dies, obwohl sich die SP Schweiz als stärkste Partei etablieren und wichtige innenpolitische Innovationen in die Wege leiten konnte. Die Erfolge der SP in der vergangenen Legislatur (Gleichstellungsgesetz, flankierende Massnahmen, Niederschmetterung der Arbeitsgesetze etc.) stehen jedoch im Schatten des verstärkten Rechts-aussen-Diskurses in der Asyl-, Wirtschafts- und Steuerpolitik der Schweiz. Dort zeigte sich der wachsende Einfluss der SVP gegenüber der CVP und FDP vor allem auch im Vorfeld der letzten Wahlen: Alle drei Parteien versuchten sich als Steuerabbauer, Sicherheitsexperten und einzig wahre Eidgenossen zu porträtieren – Balsam für eine durch die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Veränderungen verunsicherte Mitte.

Diesem Trend der Unterhöhlung der politischen Auseinandersetzung durch einen rechtspopulistischen Diskurs entsprach eine vermehrte aussenpolitische Isolation der Schweiz, die mit dem EWR-Nein 1992 eingeleitet und durch die wahrhaft unselige Debatte um den Schatten des Zweiten Weltkrieges noch verstärkt wurde. Diese Entwicklung der inneren und äusseren Abschottung der Schweiz scheint mitnichten abgeschlossen, selbst wenn die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union eine Auflockerung der Isolationspolitik einläuten könnten. Denn der schweizerische Sozialstaat, das Bildungs- und Erziehungssystem sowie der Staat insgesamt werden von rechts mit allen Mitteln bekämpft – ein Kampf, dem sich die CVP und die FDP nur schlecht zur Wehr setzen und der die SP noch stärker in ihrer parlamentarischen Minderheits-

position herausfordern wird. Das innenpolitische Rechtsprogramm wird aussenpolitisch durch das Konzept: Mindestkooperation mit der EU in den wichtigsten wirtschaftlichen und rechtlichen Bereichen, Sonderweg für den deregulierten schweizerischen Finanzplatz ergänzt. Die Zürcher Bahnhofstrasse wird auf alle Fälle bereit sein, falls Luxemburg (oder auch Liechtenstein) unionspolitisch unter Druck geraten sollte.

Clever waren die schweizerischen EU-Unterhändler mit dem Abschluss der bilateralen Verträge ja schon, das muss man ihnen lassen. Ohne den Ballast politischer Mitverantwortung und der Übernahme unschweizerischer sozialpolitischer Errungenschaften aus der EU garantierten die Bilateralen zunächst den «courant normal» schweizerischer Interessenpolitik. Diese Binnenorientierung verunmöglichte es zunächst fortschrittliche, soziale und ökologische Politikinhalte sowohl innenpolitisch als auch gegenüber der Union zu formulieren. Die EWR-Diskussion geschickt analysierend, repräsentierten die Bilateralen vor der Beratung im eidgenössischen Parlament gleichzeitig einen gutschweizerischen Kompromiss als auch den Fünfer und s'Weggli gegenüber der EU. Klar, Haare mussten im Verkehrs- und Personendossier gelassen werden: Dabei ist es vor allem der SP zu verdanken, dass die Übergangsfristen und die flankierenden Massnahmen so gestaltet wurden, dass sie innenpolitisch umwelt- und sozialverträglich umgesetzt werden können. Diese harte innenpolitische Auseinandersetzung konnte von der SP gewonnen werden – zum Glück! –, doch zu dem Preis, dass eine breite Diskussion über einen allfälligen EU-Beitritt verschoben werden musste.

Vielleicht war dies auch gar nicht so schlecht, denn die EU-Diskussion trat mit den Bilateralen auch auf linker Seite in ein wichtiges Stadium. Die Ambivalenz der

bilateralen Verträge wurde dabei offensichtlich: Zwar bedeuten sie einen Schritt in die richtige Richtung, das Terrain wurde in den Schlüsseldossiers Personenfreizügigkeit und Transitverkehr geebnet, andererseits könnte sich das Abkommen zur Sackgasse entwickeln. Denn bei den Bilateralen könnten sich die Bürgerlichen und die Rechtsnationalen damit trösten, wenigstens die schlimmsten wirtschaftspolitischen Auswirkungen eines klassischen Sonderweges abgefedert zu haben, und gleichzeitig ihr Deregulierungsprogramm ohne politische Grenzen fortsetzen. Das politische Kräfteverhältnis lässt befürchten, dass die SVP – und grosse Gruppen der CVP und FDP – mit dem Abschluss der Bilateralen auf einen jahrzehntelangen Status quo mit der EU bauen; damit wäre ein EU-Beitritt der Schweiz für weitere Jahrzehnte aufs Eis gelegt.

Wer nun aber meint, der Königsweg der Linken bestünde deshalb in der Ablehnung der bilateralen Verträge, der irrt gewaltig. Auch mit einer Ablehnung der Bilateralen wäre die EU-Mitgliedschaft der Schweiz auf Jahrzehnte hinaus gestorben, was sowohl innen- als auch aussenpolitisch einer Katastrophe gleichkäme. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bilateralen nicht automatisch den Weg zur Union ebnen. Die bilateralen Verträge widerspiegeln lediglich das gespaltene Verhältnis der Eidgenossenschaft zur Union – ein ständiger Widerspruch zwischen wirtschaftlich Wunsch- und politisch Tragbarem. Tragisch ist bei dieser Pattsituation, dass eine offene und innovative Diskussion über die zahlreichen innen- und aussenpolitischen Möglichkeiten der Zukunft der Schweiz mit der EU nicht stattfindet.

Innenpolitischer Ausfallschritt nach rechts

Mögen es die meisten auch nicht so dramatisch sehen: Es gibt seit Oktober 1999

**Wer meint, der
Königsweg der
Linken bestünde
in der Ablehnung
der bilateralen
Verträge, irrt.**

**Obwohl die
Schweiz eines der
demokratischsten
Systeme Europas
hat, bleibt sie ein
sozialpolitisches
Entwicklungsland.**

einen Paradigmawechsel in der schweizerischen Politik. Mit den Parlamentswahlen im Oktober und den Bundesratswahlen im Dezember 1999 verstärkte die Schweiz ihre Nabelschau und ihren sich schon seit Jahren abzeichnenden diskursiven Rechtsrutsch: Der Sieg der SVP bei den Nationalratswahlen ist nämlich mehr als nur die Bilanz der Summe von Sitzen und Wahlprozenten. Gemeinsam mit der veröffentlichten Meinung vermochte diese militante Organisation sowohl die politische Agenda als auch die Politik der Akteurinnen und Akteure der anderen Parteien wesentlich zu bestimmen. Gelähmt von den kantonalen Erfolgen der Anti-Europa- und Anti-Sozialstaatspartei, passten alle übrigen Parteien ihre Wahlthemen der SVP an, wobei die Europafrage strengstens vermieden und der Sozialstaat nur von der SP im Sinne eines Sicherungs- und Ausbauszenarios thematisiert wurde.

Dass die Europafrage kein Wahlthema war, kam nicht von ungefähr. Nicht nur die Bürgerlichen sehen der Entwicklung der EU mit gemischten Gefühlen entgegen, sondern auch Teile der links-grünen Kräfte sind hinsichtlich der Union gefährlich nahe am Blut- und Bodensumpf helvetischer Überlegenheitsszenarien. Erinnern wir uns nur an die Auseinandersetzung zu den flankierenden Massnahmen bei den Bilateralen: Der VCS war an vorderster Front mit dabei, als es darum ging, gemeinsam mit der AUNS die bösen ausländischen Lastwagen aus der sauberen Schweiz zu vertreiben. Oder gar die BasisdemokratInnen, die nicht nur im Erhalt, sondern im Ausbau der direkten Demokratie das politische Paradies auf Erden sehen, ohne zu merken, dass die Schweiz – im Unterschied zu anderen EU-Ländern – noch nie eine soziale Demokratie war. Die beste politische Demokratie bleibt Makulatur, wenn sie auf krasser ökonomischer Ungleichheit beruht. Obwohl die Schweiz eines der demokratischsten Sys-

teme Europas hat, bleibt sie im europäischen Vergleich ein sozialpolitisches Entwicklungsland.

In diesem Zusammenhang wäre es wohl sinnvoll, nicht nur eine breite EU-Diskussion, sondern auch eine breite Auseinandersetzung über den Stellenwert der direkten Demokratie zu führen. Denn hinsichtlich der Ressourcen und des Gewichtes des Parlaments gegenüber der Exekutive befindet sich die Schweiz in einem erheblichen Demokratiedefizit gegenüber anderen europäischen Ländern. Die politischen Einsprachen via direkte Demokratie vermögen nur teilweise diese Nicht-Demokratie abzufedern – doch dies scheint vielen DirektdemokratInnen immer noch unklar zu sein. Wie totalitär gerade die plebiszitäre Demokratie der Schweiz wirken kann, zeigen die jüngsten Initiativen zur sogenannten Beschleunigung der direkten Demokratie aus der Feder von Blocher und Schweri sowie die ständigen Attacken selbsternannter Bodendemokraten gegen die sog. Classe politique.

Innen- und Aussenpolitik – eine schwierige Interdependenz

Die Wahlanalyse zeigt, dass mit dem spektakulären Mandatszuwachs der SVP die hauptsächliche Konfliktlinie in der schweizerischen Politik, nämlich die zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager, geblieben ist. Verändert hat sich die Zusammensetzung des bürgerlichen Lagers mit einer wirtschafts- und finanzpolitischen Akzentuierung nach rechts. Das Doppelspiel der SVP von Regierung und Opposition prägt auch die kommende Legislatur: mit dem Resultat einer grossen Verunsicherung der verbleibenden bürgerlichen Mittekkräfte. Die Konkordanz ist damit erhöhtem Druck ausgesetzt und wird nur weiterbestehen können, wenn endlich die längst notwendige Regie-

rungsreform auch durchgeführt werden kann. Auch im Hinblick auf die schweizerische Aussenpolitik sind – nicht zuletzt aufgrund der Wahlergebnisse – richtige Reformen unabdingbar.

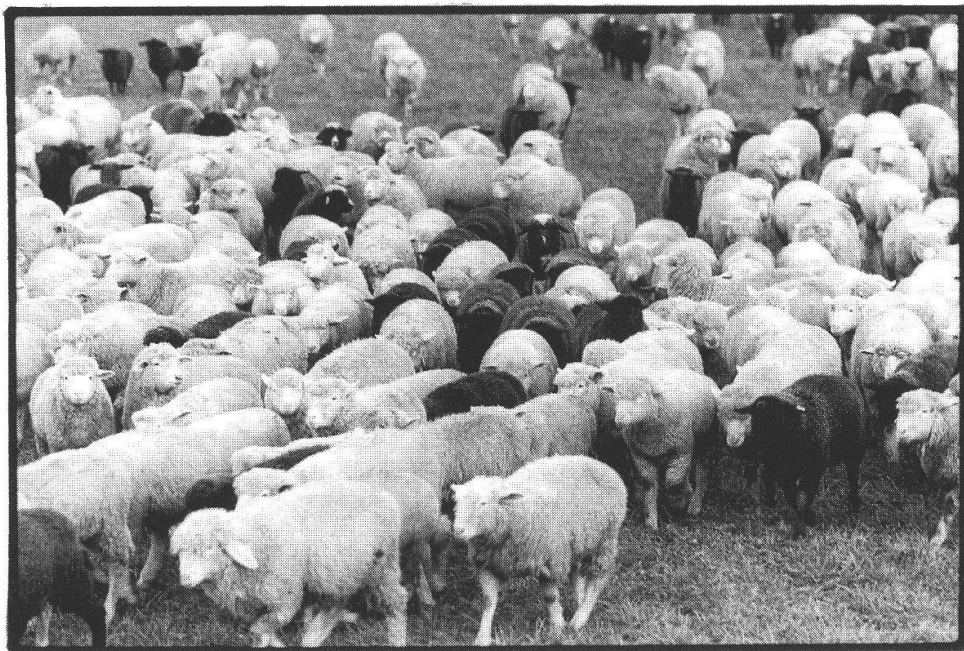
Rezepte zur Lösung der schwierigen Ist-Situation sind alles andere als einfach. Ich habe in den vorangegangenen Zeilen die strukturellen Defizite der schweizerischen Aussenpolitik skizziert: Fehlende Professionalität, Übermacht der Exekutive, verspäteter Einbezug der politischen Organisationen in den politischen Entscheidungsprozess, Schwäche der Parteien und Unzulänglichkeiten des Parlamentes. Ebenso habe ich den aus meiner Sicht wachsenden eidgenössischen Nationalkonservatismus – selbst bei guten politischen Erfolgen der SP Schweiz – konstatiert. Welche Wege gibt es nun aus dieser zugegebenermassen eher pessimistischen Variante der helvetischen Aussenmisere?

Während einige meiner BerufskollegInnen im Konkurrenzsystem nach europäischem Muster das Allerheilmittel sehen, plädieren andere ganz offen für den Abbau der direkten Demokratie ohne echtes parlamentarisches (Konkurrenz-)System. Ich denke, auch hier liegt der typisch schweizerische Weg in der Mitte. Wichtigster erster Schritt wäre eine wesentliche Stärkung des Parlamentes mit dazugehöriger Parteienfinanzierung. Die von mir analysierte Nicht-Integration der wichtigen gesellschaftspolitischen Gruppen in die Aussenpolitik könnte mit der Stärkung des Parlamentes gegenüber der Exekutive erheblich gemindert werden. Mit der Stärkung der Legislative ginge auch eine Öffnung der politischen Debatte einher – die Medien müssten sich viel stärker statt auf Einzelpersonen auf politische Organisationen konzentrieren. Die schon existierende beratende ausserparlamentarische Kommission des Bundesrates genügt nicht, um die aussenpolitischen Verhandlungen der Schweiz ernsthaft mit-

zuverfolgen und mitzugestalten. Dabei könnten Institutionen, wie sie in Deutschland in der Form der Friedrich-Ebert- oder Konrad-Adenauer-Stiftung etc. existieren, einen wichtigen staatspolitischen Auftrag und einen wichtigen Impetus für die politische Kultur und Bildung in der Schweiz leisten. Es ist überhaupt nicht einsichtig, wie ein Land, das sich seiner direkten Demokratie rühmt und in hohem Grade auf die Kompetenz seiner BürgerInnen angewiesen ist, keinen Rappen für politische Bildung ausgeben kann. Sowohl innen- als auch aussenpolitisch wäre eine Stärkung der politischen Diskussion und Kompetenz von Parlament und Gesellschaft ein unabdingbares Projekt der Moderne. Es geht der Schweiz dabei wie der Europäischen Union: Wichtige (ausser)politische Neuerungen lassen sich ohne eine gleichzeitige Veränderung des politischen Entscheidungsprozesses nicht bewerkstelligen.

Nun ja. Aufgrund der bisherigen Geschichte, der Lernunfähigkeit im Zusammenhang mit der aussenpolitischen Krisenbewältigung der Holocaust-Geschichte und aufgrund der Zusammensetzung des neuen Parlamentes sehen solche Projekte nur auf dem Papier interessant und verfolgungswürdig aus. Bleibt die traditionelle Haltung eines schweizerischen Bilateralismus auch im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts mit einer innenpolitischen Themen-Hegemonie der SVP gekoppelt, dann sind die Visionen für die künftige Schweiz düster. Eines ist jedoch klar: Die schwierige Interdependenz von Innen- und Aussenpolitik lässt sich durch rückwärts gerichtetes politisches Handeln nicht auflösen. Dies fördert vielmehr Krisenaktionen, die weder dem politischen System noch der politischen Identität des föderalen Staates Schweiz guttun.

Regula Stämpfli ist Politologin und arbeitet in Brüssel und Bern.



Fotos: Susi Bodmer

